

EINLADUNG

zur

Gremium	Sitzungstermin	Tag der Absendung
1. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses 2015	04.02.2015	22.01.2015
Sitzungsort	Sitzungsbeginn	
58300 Wetter (Ruhr), Verwaltungsgebäude Wilhelmstr. 21, Besprechungsraum	17:00 Uhr	

Wichtiger Hinweis:

Auf die Ausschließungsgründe nach § 31 GO wird hiermit ausdrücklich aufmerksam gemacht. Wer annehmen muss befangen zu sein, hat den Ausschließungsgrund unaufgefordert vor Eintritt in die Verhandlungen d. Vorsitzenden anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen; bei einer öffentlichen Sitzung kann sie/er sich im Zuhörerzimmer aufhalten.

Öffentlicher Teil

1. Einwohneranfragen
2. Mobilitätsuntersuchung des Ennepe-Ruhr-Kreises: Bericht des Ennepe-Ruhr-Kreises
3. Keine Beförderung von E-Scootern in Bussen
Zusätzlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2015
Drucksache 2015018
4. Hochwasserschutzmaßnahme und Renaturierung der Elbsche; Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2014
Drucksache 2015003
5. Straßenbeleuchtung: Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion in der Ratssitzung am 16.12.14
Drucksache 2015006
6. Dorfplätzchen Wengern, Osterfeldstraße
Drucksache 2015017
7. Verkehrssituation Höltkenstraße und Deipenbecker Weg; Antrag der SPD-Fraktion v. 9.1.15
Drucksache 2015007
8. Mitteilungen
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Nichtöffentlicher Teil

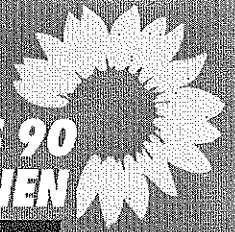
10. Mitteilungen
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
12. Veröffentlichungen

Sollten Sie an dieser Sitzung nicht teilnehmen können, bitte ich Sie, Ihre Vertreterin/Ihren Vertreter und ggf. auch die Verwaltung (Tel.: 840-201) zu benachrichtigen.

Birkner
Vorsitzender des Umwelt- und Verkehrsausschusses

2015018

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SCHÖNTALER STR. 19,
58300 WETTER

Ortsverband Wetter
Ratsfraktion Wetter
Mail: gruene-wetter@gmx.de
www.gruene-wetter.de

Karen Haltaufderheide
Fraktionssprecherin
Tel.: 01727883213
Mail: karen.haltaufderheide@gmx.de

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum UVA am 4.2.2015

Wetter, den 20.1.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir beantragen für den Umwelt- und Verkehrsausschuss die Aufnahme des folgenden Punktes auf die Tagesordnung:

Beförderung von Menschen mit E-Scootern im ÖPNV ermöglichen

Begründung:

Aufgrund einer Gefährdungsabschätzung lehnen die örtlichen Verkehrsunternehmen die Beförderung von E-Scootern ab. Als Stadt des Aktionsplanes „Menschengerechte Stadt Wetter (Ruhr)“ sind wir in der Pflicht, Bemühungen zu unterstützen, die im ÖPNV auch weiterhin die Beförderung von Menschen ermöglichen, die auf einen E-Scooter angewiesen sind. Herr Bürgermeister Hasenberg hat bereits in der letzten Ratssitzung zugesagt, dieses Thema auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses zu nehmen. Inzwischen liegt eine Resolution des Landesbehindertenbeirates vor, die sich mit der Faktenlage auseinandersetzt und Lösungsmöglichkeiten im Sinne der Betroffenen fordert. Die Resolution ist diesem Antrag beigelegt.

Um die Rechte der Menschen mit Behinderungen auf Mobilität zu stärken soll der Fachausschuss auf der Grundlage der Resolution diskutieren und nach Möglichkeit beschließen, dass sich die Stadt Wetter bei VER und VRR und beim Land für die Suche nach Regelungen einsetzt, die eine weitere Beförderung von Menschen mit E-Scootern ermöglicht, ohne die Fragen von Gefährdung und Haftung außer Acht zu lassen.

Eine sofortige Wiederaufnahme der Beförderung von E-Scootern ohne weitere Klärung erscheint uns aus haftungsrechtlichen Gründen für die Verkehrsunternehmen nicht zumutbar. Insofern kann diese Forderung aus der Resolution aus unserer Sicht nicht unterstützt werden. Umso dringender wird allerdings dadurch die Forderung nach einer raschen Lösung, die zukünftig wieder eine Beförderung ermöglicht.

Karen Haltaufderheide
Fraktionssprecherin

2015018

Resolution des Landesbehindertenbeirates NRW vom 9. Januar 2015

E-Scooter müssen auch weiterhin befördert werden

Nach dem in den Vorjahren einzelne E-Scooter-Nutzerinnen und Nutzer von Bussen, U-Bahnen und Straßenbahnen im Rahmen des ÖPNV nicht mitgenommen wurden, wurde in NRW ein Runder Tisch unter Moderation des Verkehrsministeriums einberufen. Ziel sollte es sein, einen gemeinsamen Lösungsvorschlag für den Transport von E-Scootern zu erarbeiten.

In der zweiten Sitzung des Runden Tisches legten die Verkehrsunternehmen eine von Ihnen beauftragte Gefährdungsabschätzung zur Mitnahme von E-Scootern in Bussen vor. Der Auftrag zu einer Machbarkeitsstudie wurde nicht erteilt. Die Berechnungen der Gefährdungsabschätzung bezogen sich auf drei Modelle mit aufsitzender Person. Es wurde festgestellt, dass für die aufsitzende Person sowie für weitere Businsassen eine Gefahr bei besonderen Gefahrenereignissen ausgehen kann. Zahlen zu Unfällen in Bussen und Bahnen unter Beteiligung von Scootern sowie Gesamtunfallzahlen wurden nicht vorgelegt.

Die Behindertenverbände sowie der Landesbehindertenbeauftragte forderten eine erweiterte Betrachtung des Sachverhaltes sowie Lösungsvorschläge. Es wurde deutlich kritisiert, dass die Abschätzung alleine eine theoretische und berechnende Grundlage hat. Die Verkehrsunternehmen haben nunmehr in den letzten Wochen im vergangenen Jahr die Gefährdungsabschätzung genutzt, um eine generelles Mitnahmeverbot für E-Scooter auszusprechen. In den Anweisungen an das Personal wird darauf hingewiesen, dass die Haftungsrisiken bei Zuwiderhandlung beim Fahrer oder der Fahrerin, bzw. beim beauftragten Unternehmen liegen.

Der Landesbehindertenbeirat stellt fest:

- Durch die Annahme der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet sich Deutschland, die persönliche Mobilität von Menschen mit Beeinträchtigungen mit größtmöglicher Unabhängigkeit sicherzustellen.
- Im Rahmen der Daseinsvorsorge haben die Kommunen eine Verpflichtung die Mobilität der Bevölkerung im gesetzlichen vorgegebenen Rahmen zu erfüllen. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen.
- Im Rahmen der öffentlichen Zuwendungen für den ÖPNV erhalten die Auftragnehmer jährlich 120 Millionen für die Beförderung von Menschen mit Behinderung. Diese Mittel sollen den Mehraufwand sowie die kostenfreie Mitnahme von betroffenen Personen sicherstellen.
- Die Krankenkassen sowie andere Kostenträger stellen derzeit Personen zur Habilitation und Rehabilitation sogenannte E-Scooter als anerkannte Hilfsmittel zur Verfügung.
- Die vorgelegte Gefährdungsabschätzung ist alleine eine theoretische Berechnung. Sie ist kein umfassendes Gutachten zur Abwägung und Vorbereitung von Lösungsvorschlägen zur Mitnahme von E-Scootern im ÖPNV. Die Gefährdungsabschätzung sagt aus, dass ein in Bussen quer zur

2015018

Fahrtrichtung frei stehender E-Scooter bei aufsitzender Nutzung bei Gefahr- und starken Betriebsbremsungen verrutschen oder kippen kann.

- Gefährdungsabschätzungen zu anderen Gegenständen oder Personengruppen wurden nicht in Auftrag gegeben.
- Kommunale Verkehrsverbände nützen das Gutachten, das sich ausdrücklich auf Busse bezieht, dazu, auch die Beförderungen in Schienenfahrzeugen abzulehnen. Dies ist mit dem Gutachten nicht zu begründen.

Der Landesbehindertenbeirat fordert:

- Die Mitnahme von E-Scootern, die als anerkannte Hilfsmittel genutzt werden, im ÖPNV ist sicherzustellen!
- Die Verkehrsunternehmen sollen die Mitnahme der E-Scooter im ÖPNV sofort wieder ermöglichen.
- Die Landesregierung wird gebeten, das anstehende Gutachten so breit aufzustellen, dass es eine umfassende Betrachtung zur Vorbereitung von langfristigen Lösungsvorschlägen ermöglicht.
- Die Landesregierung wird gebeten, die Zuwendungen des Bundes und des Landes an die Anforderungen der Mobilitätsgarantie bei Nutzung von anerkannten Hilfsmitteln zu binden.
- Die Landesregierung wird gebeten, eine Normprüfung unter Bezug der Artikel 9 und 20 der UN-BRK sowie des BGG NRW § 4 Satz 2 im Sachverhalt vorzunehmen.
- Die Landesregierung wird um Klärung gebeten, mit welchen geeigneten Maßnahmen sie in diesen und gleichartigen Fällen auf private Rechtsträger Einfluss nehmen will (Artikel 9 Absatz 2b UN-BRK).

2015003

CDU Wetter (Ruhr)
Fraktion

G. Strümper Wilhelmstr. 29a 58300 Wetter (Ruhr)

An den Bürgermeister
der Stadt Wetter (Ruhr)
Herrn Frank Hasenberg
Rathaus
58300 Wetter (Ruhr)

Ihr Ansprechpartner:

Gerhard Strümper

- Vorsitzender -

Wilhelmstr. 29a
58300 Wetter (Ruhr)
Tel.: 02335 1033
Fax: 02335 1025
E-Mail: struemper@cdu-wetter.de

19. November 2014

E-Mail: frank.hasenberg@stadt-wetter.de

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg,

die **CDU**-Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr) bittet Sie, den nachfolgenden Antrag zur

Hochwasserschutzmaßnahme und Renaturierung der Elbsche

dem Rat und seinen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu benennen, welche Maßnahmen zum Hochwasserschutz und Renaturieren der Elbsche möglich und geboten sind, und die Kosten hierfür zu kalkulieren.

Begründung:

Am 05.11.2014 wurde im Ausschuss ein Sachstandsbericht zur Hochwassermaßnahme und Renaturierung der Schmalenbecke gegeben. Die Renaturierung der Schmalenbecke allein ist jedoch keine wirksame Maßnahme, um Wengern vor einer erneuten Überschwemmung - wie am 26.06.2013 geschehen - möglichst zu schützen. Auch an der Elbsche müssen dringend Hochwasserschutzmaßnahmen ergriffen werden.

Das sich bei Niederschlägen in der Elbsche sammelnde Oberflächenwasser lässt die Elbsche schnell stark ansteigen. Der große Höhenunterschied zwischen Quelle und Mündung führt dann zu einer hohen Fließgeschwindigkeit, so dass dann aus dem beschaulichen Bach ein „reißender Fluss“ wird, der bedingt durch die Enge im historische Dorfzentrum aus seinem Bett steigt und Wengern überflutet.

Mit freundlichen Grüßen
für die **CDU**-Fraktion


Gerhard Strümper
- Vorsitzender -

STADT WETTER (RUHR)

ÖFFENTLICHE

NICHTÖFFENTLICHE

MITTEILUNG DER VERWALTUNG
DRUCKSACHE-NR: 2015006

FB/FD : 4/3
Verfasser/in: Herr Schauerte
Datum: 15.01.2015

Beratung und Beschluss

R A T

am:

Hauptausschuss

am:

Umwelt- und Verkehrsausschuss
(Fachausschuss)

am: 04.02.2015

Betreff:

Straßenbeleuchtung

Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion in der Ratssitzung am 16.12.2014

In der Ratssitzung am 16.12.2014 stellte die SPD-Fraktion Fragen zu Beleuchtungssituationen im Stadtgebiet Wetter (Ruhr), siehe Anlage. In der Ratssitzung bat RM Frau Müller darum, auch die Fußgängerüberwege in Wetter-Wengern in die Anfrage einzubeziehen.

Die Verwaltung nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

1. Fußgängerüberwege Grundschöttel und Wengern

Die Überprüfung der Fußgängerüberwege hat ergeben, dass die Beleuchtungsstärke überprüft werden muss und Überwuchs von Straßenbäumen (Osterfeldstraße und Schmiedestraße) die Leuchten teilweise beeinträchtigt. Die AVU als Betreiber der Beleuchtungsanlagen hat die Überprüfung noch nicht abgeschlossen. Der Stadtbetrieb ist aufgefordert worden, den Überwuchs zu beseitigen.

2. Schul- und Fußweg Eilper Höhe

Polizei und Verwaltung haben die Situation überprüft und festgestellt, dass die Beleuchtung ausreichend ist. Probleme entstehen dann, wenn die Leuchten zuwachsen, hier wird der Stadtbetrieb den regelmäßigen Rückschnitt sicherstellen. Zur Eilper Höhe hin könnte durch das Aufstellen einer zusätzlichen Leuchte eine Verbesserung erzielt werden. Die Kosten hierfür betragen etwa 5400 Euro.

3. Schul- und Fußweg Bushaltestelle Im Osthof/Hermann-Henning-Straße

Der Weg ist im Schulwegplan der Grundschule Grundschöttel nicht enthalten, wird aber von etlichen Schülern und Schülerinnen zum Geschwister-Scholl-Gymnasium begangen. Die Einrichtung einer Beleuchtung würde etwa 16.000 Euro kosten und wurde bisher aus finanziellen Gründen nicht realisiert.



Haushaltsauswirkungen

Konsumtiv

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen: ja nein

	pro Jahr Ergebnisrechnung	pro Jahr Finanzrechnung
Steuern und ähnliche Abgaben		
Zuwendungen und allg. Umlagen		
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		
Privatrechtliche Leistungsentgelte		
Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Sonstige Erträge		
Summe Ertrag		
Personalaufwand		
Aufwand für Sach- und Dienstleistungen		
Abschreibungen		
Transferaufwendungen		
Sonstiger Aufwand		
Summe Aufwand		
Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit		
Ertrag - Aufwand		

Betroffene/s Produkte:

Bemerkung:

Investiv

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen: ja nein

Einzahlung/Auszahlung	einmalig
Kostenbeiträge Dritter	
Zuwendungen	
Sonstige Einzahlungen	
Summe Einzahlungen	
Auszahlungen	
Saldo aus Investitionstätigkeit	
Einzahlung - Auszahlung	

Ertrag/Aufwand in den Folgejahren	einmalig
Auflösung der Zuwendung	
Sonstige Erträge	
Summe Ertrag	
Personalaufwand	
Aufwand für Sach- und Dienstleistung	
Abschreibung	
Sonstiger Aufwand	
Summe Aufwand	
Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	
Ertrag - Aufwand	

Betroffene/s Produkte:

Bemerkung:

2015006

Schriftliche Anfrage der SPD Fraktion in der Ratsitzung am 16.12.2014

1.

Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit die Situation für Fußgänger am Zebrastreifen „Rewe“ Grundschoßfelderstraße zu verbessern? Immer häufiger werden Fußgänger insbesondere in der dunklen Jahreszeit zu spät von Autofahrern gesehen und es kommt zu gefährlichen Situationen. Ortsfremde sehen erst sehr spät dass es sich um einen Fußgängerüberweg handelt und fahren in diesem Bereich mit überhöhter Geschwindigkeit. Würde ggfl. eine Beschilderung in 10 Meter Entfernung mit einer Blinkanlage die Situation verbessern?

2.

Der Schul- und Fußweg Eilper Höhe zur Steinkampstraße ist sehr dunkel (Jahreszeit) insbesondere im unteren Bereich, gibt es aus Sicht der Verwaltung eine Verbesserungsmöglichkeit der Situation?

3.

Der Schul- und Fußweg Bushaltestelle Im Ostholz/ Hermann Henning Straße ist gänzlich unbeleuchtet (insbesondere im oberen Bereich, später gibt es die Beleuchtung der Anwohner), sieht die Verwaltung eine Chance der Verbesserung?

Dies sind sicherlich Fachausschuss Anfragen für den UVA, allerdings muss, um der dunkleren Jahreszeit entsprechend noch reagieren zu können, schnell etwas geschehen, der UVA tagt erst wieder im Februar.

STADT WETTER (RUHR)

ÖFFENTLICHE

NICHTÖFFENTLICHE

VORLAGE DER VERWALTUNG
DRUCKSACHE-NR: 2015017

FB/FD : 4
Verfasser/in: Herr Sell
Datum: 20.01.2015

Beratung und Beschluss

R A T

am:

Hauptausschuss

am:

Umwelt- und Verkehrsausschuss
(Fachausschuss)

am: 04.02.2015

Betreff:

„Dorfplätzchen Wengern“

Beschlussvorschlag:


Die Verwaltung wird beauftragt mit den Kooperationspartnern (Stadtsparkasse Wetter, Investor Penny) die Umgestaltung des Bürgersteiges und der privaten Flächen an der Osterfeldstraße gem. beiliegendem Lageplan zu einem einheitlich gestalteten Platz durchzuführen.

Begründung:

Nach der Aufgabe des Edeka-Marktes an der Osterfeldstraße ist es Ziel von Verwaltung und Politik, das Umfeld im zentralen Bereich des Ortsteiles Wengern aufzuwerten und den Einzelhandelsstandort durch begleitende Maßnahmen im öffentlichen Raum zu stärken. Dies ist vor dem Hintergrund abfließender Kaufkraft im Ortsteil dringend notwendig. Hierzu ist vorgesehen, den zentralen Bereich der Osterfeldstraße und die Nordstraße umzugestalten. Ein wesentlicher Punkt der angestrebten Aufwertung ist die Gestaltung des sogenannten „Dorfplätzchens“ im Bereich der Sparkasse und des ehemaligen Edeka-Marktes. Die Fläche des geplanten „Dorfplätzchens“ umfasst sowohl die öffentliche Bürgersteigfläche als auch private Flächen der Sparkasse und des Einzelhandelsmarktes. Mittlerweile ist das Gebäude des ehemaligen Edeka-Marktes verkauft und der neue Eigentümer baut zurzeit das Objekt für den neuen Mieter „Penny“ um. Die Umbaumaßnahmen sollen ca. im März/April 2015 abgeschlossen sein. Im Rahmen von Gesprächen konnte mit dem neuen Eigentümer Einigkeit erzielt werden, die Idee des „Dorfplätzchens“ unter Einbeziehung der Freiflächen des neuen Penny-Marktes weiter voranzutreiben. In weiteren Gesprächen mit der Stadtsparkasse Wetter konnte auch hier Einigkeit erzielt werden, um die Planung des „Dorfplätzchens“ weiter zu qualifizieren. Die Sparkasse plant ohnehin Arbeiten an den Entwässerungsleitungen durchzuführen und ist daher bereit, sich auch in einem erheblichen Rahmen an der Umgestaltung des „Dorfplätzchens“ zu beteiligen. Es soll insgesamt eine Fläche von ca. 320 m² umgestaltet werden – 105 m² städtische Fläche, 140 m² Fläche der Stadtsparkasse und ca. 75 m² Investor.

...

Die Kosten werden unter den Kooperationspartnern nach dem Flächenschlüssel aufgeteilt, wobei die Sparkasse neben Sitzmöglichkeiten auch noch ein Spielgerät und Fahrradständer aufstellen möchte. Der vorläufige Kostenanteil der Stadt liegt bei ca. 15.000 €. Die Stadtparkasse tritt als Gesamtauftraggeber auf und rechnet mit den anderen Beteiligten die Maßnahme ab. Die Verwaltung empfiehlt die Chance zur Aufwertung des Standortes unter Einbeziehung des großen privaten Engagements zu nutzen und die öffentlichen und privaten Flächen des „Dorfplätzchens Wengern“ einheitlich neu zu gestalten.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'S' followed by several loops and a final vertical stroke.

Haushaltsauswirkungen

Konsumtiv

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen: ja nein

	pro Jahr Ergebnisrechnung	pro Jahr Finanzrechnung
Steuern und ähnliche Abgaben		
Zuwendungen und allg. Umlagen		
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		
Privatrechtliche Leistungsentgelte		
Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Sonstige Erträge		
Summe Ertrag		
Personalaufwand		
Aufwand für Sach- und Dienstleistungen		
Abschreibungen		
Transferaufwendungen		
Sonstiger Aufwand		
Summe Aufwand		
Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit		
Ertrag - Aufwand		

Betroffene/s Produkte:

Bemerkung:

Investiv

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen: ja nein

Einzahlung/Auszahlung	einmalig
Kostenbeiträge Dritter	
Zuwendungen	
Sonstige Einzahlungen	
Summe Einzahlungen	
Auszahlungen	ca. 15.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	
Einzahlung - Auszahlung	

Ertrag/Aufwand in den Folgejahren	einmalig
Auflösung der Zuwendung	
Sonstige Erträge	
Summe Ertrag	
Personalaufwand	
Aufwand für Sach- und Dienstleistung	
Abschreibung	
Sonstiger Aufwand	
Summe Aufwand	
Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	
Ertrag - Aufwand	

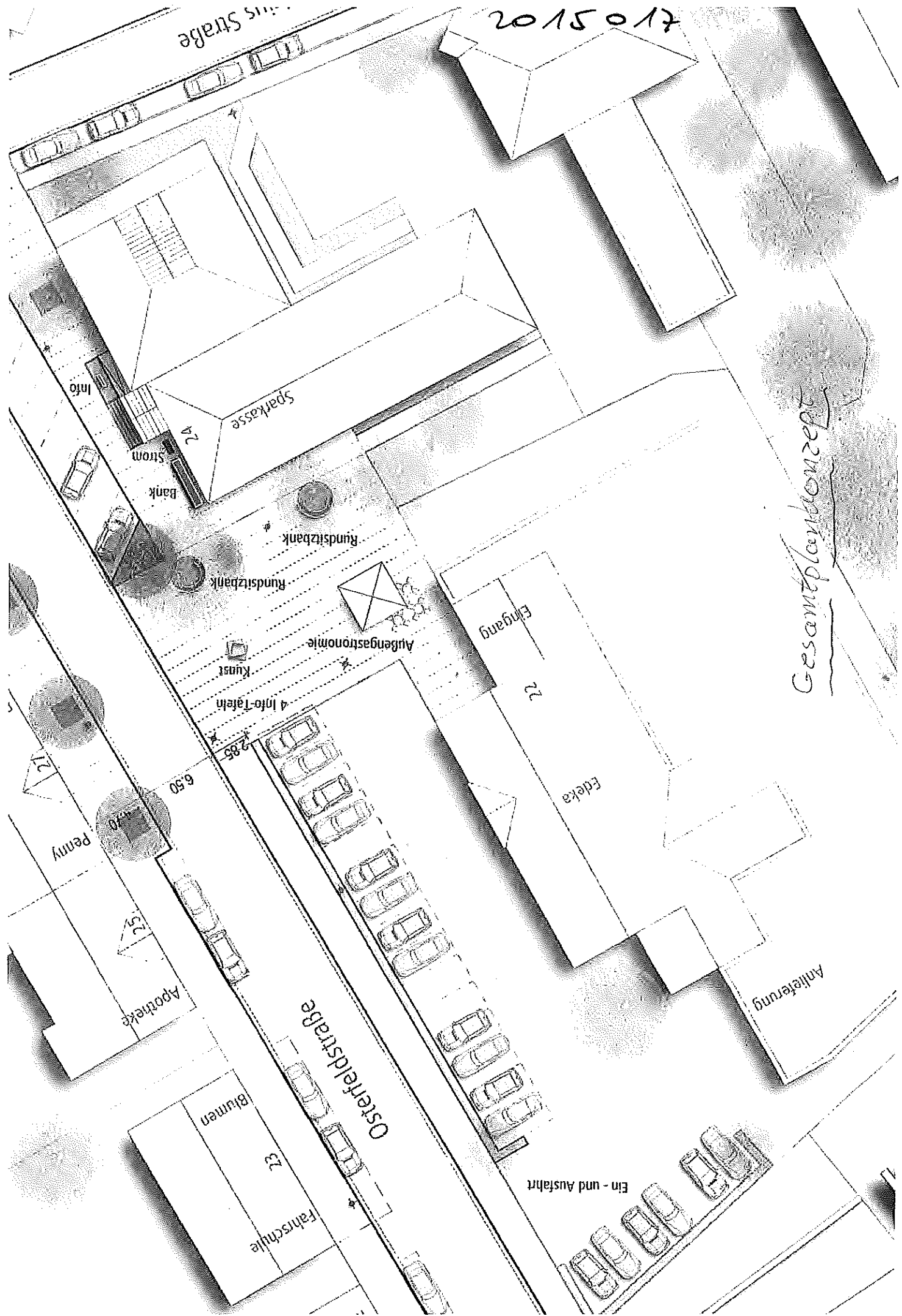
Betroffene/s Produkte:

Bemerkung:

7105102

...us Strabe

Gesamtplanzept



2015007

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



SPD-Fraktion Wetter (Ruhr) · Königstr. 69 · 58300 Wetter (Ruhr)

An den
Bürgermeister der Stadt Wetter (Ruhr)
Herrn Frank Hasenberg
Kaiserstraße 170
58300 Wetter (Ruhr)

Wetter (Ruhr), den 9. Januar 2015

Antrag der SPD-Fraktion zum UVA 1/15

Die Fraktion der SPD beantragt, die Verwaltung mit der Überprüfung der Parksituation im Bereich der oberen Höltkenstraße (insbesondere vor und hinter der einspurig zu befahrenden Brücke) sowie des Deipenbecker Weges zu beauftragen. Ziel soll eine Neuordnung der Parkflächen sein, die einen besseren Verkehrsfluss sowie insbesondere eine ungehinderte Erreichbarkeit aller Anlieger durch Feuerwehr und Rettungskräfte jederzeit sicherstellt.

Begründung:

Bei einer Befahrung des o. g. Bereiches durch die Feuerwehr Wengern, die auf Bitten der Anwohner im Rahmen eines Vor-Ort-Termins der SPD im Dezember zustande gekommen ist, sind einige Engstellen aufgefallen, die eine etwaige Rettungstätigkeit verzögern oder gar ganz behindern würden. Daher muss hier eine gründliche Überplanung des Verkehrsraums gerade im Hinblick auf Parkflächen durchgeführt werden, auch mit der Perspektive des in Diskussion befindlichen Neubaugebietes „Auf dem Elberg“.

Gerade die einspurige Verkehrsführung über die dortige Brücke macht ein Fortkommen mit größeren Lösch- oder Rettungsfahrzeugen schwierig, da die Einmündungsbereiche der Brücke nicht in ausreichendem Maße zum Rangieren freigehalten werden. Eine gründliche Überprüfung der Verkehrs- und Parksituation unter Einbindung der Rettungskräfte und der Polizei sollte hier Abhilfe schaffen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Peter-Christian Zinn

Stadtverbandsbüro:
Königstraße 69
58300 Wetter (Ruhr)
geöffnet Mo-Fr 9-17 Uhr, Mi 17-19 Uhr
02335 / 522 -0 (Fon) -1 (Fax)
www.spd-wetter.de | facebook.com/spdwetter

Vorsitzender:
Dirk Fröhning
Zur alten Schule 24
58300 Wetter (Ruhr)
02335 / 680111
dirk.froehning@spd-wetter.de